

Herrn Landrat Mario Löhr

Fraktionen/Gruppen zur Kenntnis

07.12.2022

hg-sl

Handlungs- und Zukunftsfähigkeit der Kommunen sicherstellen – Bund und Land müssen Finanzkollaps verhindern

Sehr geehrter Herr Landrat,

die Fraktionen der SPD und GFL+WfU im Kreistag des Kreises Unna stellen folgende Resolution und bitten um Beratung und Beschlussfassung im nächsten Kreisausschuss/-tag.

Resolution

Der Kreistag setzt sich gegenüber der Landes- und Bundesregierung weiter für eine auskömmliche und zukunftsfähige Kommunalfinanzierung ein und weist dabei auf folgende Aspekte besonders hin:

- Eine gerechte Finanzverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen sowie die konsequente Umsetzung des Konnexitätsprinzips, insbesondere im Jugend- und Sozialbereich.
- Die Kommunen benötigen einen echten Altschuldenschnitt, damit kommunale Gelder in dringend notwendige Zukunftsaufgaben investiert werden können.
- Förderprogramme so auszurichten, dass vorrangig finanz- und personalschwache Kommunen davon profitieren.
- Förderung der Mobilitätswende vor Ort stärken, u.a. eine bessere Finanzierung des ÖPNV durch Land und Bund.

Der Landrat wird beauftragt, diese Resolution an die Bundes- und Landesregierung sowie die örtlichen Bundes- und Landtagsabgeordneten zu übermitteln.

Begründung

Die Folgen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine, die Klimakrise und die Versäumnisse der letzten Jahre erfordern eine dringend nötige Zeitenwende für die Kommunalfinanzen: Explodierende Energiepreise, steigende Sozialausgaben, massive Investitionsbedarfe auf der einen und rückläufige Steuereinnahmen auf der anderen Seite nehmen die Kommunen zusätzlich in die Zange.

Die Lage der kommunalen Finanzen – auch im Kreis Unna – ist allerdings seit Jahren prekär. Dennoch werden immer wieder weitere Aufgaben und Leistungen von den Kommunen verlangt, ohne die vollständige Gegenfinanzierung sicherzustellen und umzusetzen, wie z.B. bei den Kosten der Unterkunft: Der Kreis Unna muss als zuständiger Kostenträger für die Unterkunft der Leistungsempfänger:innen des Jobcenters eine enorme Heizkostensteigerung stemmen. U.a. dadurch steigen die KdU-Ausgaben von 82 auf 124 Millionen Euro; das entspricht einer Steigerung um 50 Prozent. Davon übernimmt der Bund jedoch nur 60 Prozent, die restlichen 40 Prozent muss der Kreis zahlen. Der Anstieg der Bundesbeteiligung war richtig, aber nicht auskömmlich.

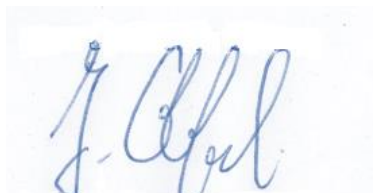
Eine auskömmliche Ausstattung der Kommunalfinanzen ist auch mit Blick auf den Investitionsstau bei der kommunalen Infrastruktur, aber auch für Investitionen in Zukunftsthemen wie z.B. Klimaschutz und Digitalisierung nötig.

Bilanztricksereien wie beim NKF-CIG bzw. NKF-CiUG sollen Rettungsringe sein, retten die Kommunen aber nicht vor dem Ertrinken und belasten kommende Generationen.

Mit freundlichen Grüßen



Hartmut Ganzke
SPD-Fraktionsvorsitzender



Prof. Dr. Johannes R. Hofnagel
Vorsitzender GFL+WfU-Fraktion